

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin SO. 26, Elisabeth-Ufer 40 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Zeile 30 Pf., Stellenangebote 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf. Verbandsangelegenheiten 10 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 3.

Berlin, den 21. Januar 1905.

21. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der Bergarbeiterverband ist in einen gewaltigen Kampf mit dem Grubenkapital hineingedrängt worden, dessen Führung aus eigenen Mitteln ihm auf längere Zeit unmöglich sein wird. Wir erfragen daher unsere Mitglieder allerorten, und verzügli mit dem Sammeln von Geldern beginnen zu wollen und den Ertrag desselben schneellstens an den Verbandskassierer E. Hauzeisen mit dem Vermerk: „Für die Bergarbeiter“ einzusenden zu wollen. Sind bereits Sammlungen von den Gewerkschaftskartellen eingeleitet worden, kann man auch die Gelder an diese abführen, jedoch bitten wir, uns hiervon und über die Höhe der Summen Mitteilung machen zu wollen.

2. Wir erfragen die Bevollmächtigten der Zahlstellen und Gaue, alle eingezogenen Mitgliedsbücher, deren frühere Inhaber nicht mehr als Mitglieder des Verbandes anzusehen sind, an uns zwecks Vernichtung einzusenden. Die Einsendung kann gelegentlich geschehen, spätestens jedoch mit der jeweiligen Quartalsabrechnung.

3. Dem Gau V ist die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Gaubeitrags von 5 Pf. erteilt worden.

4. Vor dem Mitglied Franz Stolz aus Leipzig, Buchnummer 55 109, wird von der Zahlstelle Fürth „wegen Verübung verschiedener Schwindelereien“ gewarnt. Sein Mitgliedsbuch bitten wir beim Vorzeigen einzubehalten und an uns einzusenden.

Der Verbandsvorstand
J. A. Roth.

Alle Geld- und Wertsendungen für die Verbandskasse und die „Buchbinder-Zeitung“ sind zu adressieren an: Eugen Hauzeisen, Berlin SO. 26, Elisabeth-Ufer 40 I.

Der Bergarbeiterstreik.

Ein gewaltiger wirtschaftlicher Kampf der Bergarbeiter, der alle noch so großen, mit Zähigkeit, Aufopferung und Ausdauer im letzten Jahrzehnt geführten Streiks und Ausstände anderer Gewerkschaften weit in den Hintergrund treten läßt, ist im Ruhrgebiet ausgebrochen und läßt täglich größere Ausdehnung und Beteiligung befürchten. Für ein wöchentlich erscheinendes Blatt ist es mit einigen Schwierigkeiten verbunden, aktuell über ein solches Ereignis zu schreiben, verschiebt sich doch täglich das Situationsbild bei solchen Ausständen, was dann meist eine ganz andere Beurteilung verlangt, als zurzeit, wo darüber berichtet werden konnte. Deshalb wird es auch für unsere Leser von minderm Interesse sein, hier ein Situationsbild vom Bergarbeiterstreik zu entwerfen, — das muß jeder in den Berichten der täglich erscheinenden Tagespresse suchen — vielmehr wollen wir einige allgemeine Betrachtungen anstellen, wozu uns noch die im Reichstage eingebrachte Interpellation besonderen Anlaß geben soll.

Von einer Regierung, die mit so viel sozialpolitischem Verständnis ausgerüstet sein will und die so oft ihre sozialpolitische Fürsorge für die Arbeiterschaft beteuert, die behauptet, auch dem wirtschaftlich Schwachen ihre Hilfe angedeihen zu lassen, sollte man doch füglich erwarten, daß sie in diesem entscheidenden Augenblicke, wo besondere Gelegenheit zur Betätigung ihrer Versprechungen gegeben ist, nicht „kneift“, sondern wie hier im Bergarbeiterstreik den Versuch zur Beilegung des Kampfes macht und die Arbeiter vor sozialen Ungerechtigkeiten und unser gesamtes Wirtschaftsleben vor schweren Schädigungen schützt. Der Regierung war doch Tage vorher bekannt, daß in der Sonnabend-Sitzung vom 14. d. M. die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion zur Verhandlung kommen sollte, sie war deshalb wohl in der Lage, Vorkehrungen zu treffen, daß sie auch sogleich beantwortet und im Reichstage behandelt werden konnte. Statt dessen war der Reichskanzler im preussischen Abgeordnetenhaus anwesend, um hier bei der Streifung der Angelegenheit zu erklären, daß die Behörden die doppelte Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß unter allen Umständen Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten und daß die Gesetze gleichmäßig angewendet werden müssen, sie müssen aber auch eine Einigung zu erstreben suchen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, weshalb er die Behörden zu einer vermittelnden Tätigkeit veranlassen wolle. Der Reichstag, in dem die Sache zur Verhandlung stand und deren Beantwortung allseitig dort erwartet wurde, mußte sich mit der Erklärung des Staatssekretärs abfinden, daß der Handelsminister die Interpellation beantworten werde, was erst in den nächsten Tagen geschehen könne. Daß bei solcher Angelegenheit, wie hier beim Bergarbeiterstreik, ein Eingreifen nur dann den eigentlichen Zweck erfüllen kann, wenn es so bald wie nur irgend möglich geschieht und nicht, wenn es auf die lange Bank geschoben wird, ist doch selbstverständlich. Der Gärung unter den Bergleuten und dem weiteren Umsichgreifen des Streiks wurde somit nicht der geringste Einhalt geboten, wodurch die Aussicht zu einer Einigung zwischen beiden Parteien in immer weitere Ferne gerückt wird. Das deutsche Selbstlob, daß Deutschland in der Sozialreform und Arbeiterfürsorge dem Auslande allezeit voran ist, bekommt damit ein großes Loch, zumal wenn wir betrachten, daß das rückschrittliche Ausland gerade in dieser Sache schon anders gehandelt hat. In Frankreich wußte 1901 der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau durch seine Intervention einen Generalstreik der französischen Bergleute zu verhindern, desgleichen hat 1902 der amerikanische Präsident Roosevelt im großen

pennsylvanischen Bergarbeiterstreik eine Einigung erzielt. Ein Gleiches wäre ja auch für den deutschen Bergarbeiterstreik durch die deutsche Regierung immer noch möglich gewesen, doch nach der ersten Abweisung durch die Regierung wohl kaum noch zu erwarten. In dieser Feststellung der Tatsache ändern auch die unverbindlichen Worte des Reichskanzlers im Abgeordnetenhaus nichts und auch die des Handelsministers nichts, wenn immer seine Angabe, daß der Durchschnittslohn des Bergmannes von 1322 Mk. im Jahre 1900 auf 1224 Mk. im Jahre 1901 und gar auf 1101 Mk. im Jahre 1902 gesunken ist, um 1903 erst wieder auf 1205 Mk. zu steigen, recht beachtenswert sind und schon in etwas eine Erklärung für die jahrelange Gärung unter den Bergleuten im Ruhrrevier gibt; viele andere Ungerechtigkeiten und Anlässe zum Ausstande gesellen sich nämlich noch dazu. Verständlicher wird diese Unzufriedenheit der Bergarbeiter mit diesen im Vergleich zu der Anstrengung und Gefährlichkeit des Berufes geradezu jämmerlichen Löhnen, wenn die kolossalen Gewinne der Bergbaugesellschaften betrachtet werden. So erzielte die Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft für das Jahr 1903/04 nach den Abschreibungen einen Reingewinn von über 7 Millionen, die Sibirnia für 11 Monate vorigen Jahres 10 Millionen, die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft für die gleiche Zeit 12 Millionen. Obgleich die Absatzgebiete für Kohlen schwieriger geworden sein sollen, wurden diese Riesengewinne erzielt, während bei der verteuerten Lebenslage die Löhne der Arbeiter sanken. Bedenkt man dazu all die anderen Ungerechtigkeiten und Schikanen, — von denen wir noch reden werden — die der Bergarbeiter jahrelang über sich ergehen ließ, so wird jeder begreifen müssen, daß alle den Bergarbeitern so lange gepredigte Ruhe und Besonnenheit zum Teufel gehen mußte und es wird erklärlich, daß die Führer des Bergarbeiter-Verbandes den Ausständen nicht mehr Einhalt gebieten konnten, wenn die Ausstandswogen über ihre Köpfe dahinrollten, wenn immer es auch der Sache der Arbeiter förderlicher gewesen wäre und der Ausstand eine größere Wirkung von vornherein erzielt hätte, wenn die Arbeitsniederlegung einheitlicher und geschlossen stattgefunden hätte. Vielleicht hätten die Bergarbeiterführer, wenn sie gewußt hätten, daß ihr Einfluß auf die Arbeiter nicht ausreicht, um sie von Ausständen abzuhalten, gleich entschieden für den Streik plädiert, dann wäre manche Unentschlossenheit der Belegschaften gewiß vermieden worden und ein Aufahren einer verhältnismäßig großen Anzahl von Arbeitern in einzelnen Gruben nicht möglich. Doch ihr Verhalten ist durchaus einwandfrei, alle friedlichen

Mittel zur Lösung der Differenzen müssen angewendet werden, bevor der Arbeiterführer die große Verantwortung für einen solchen Niesenstreik übernehmen kann. Dieses verständige und gefasste Verhalten der Bergarbeiterleitung wird selbst von der anständigen gegnerischen Presse belobigend anerkannt, sogar die „Deutsche Arbeitgeber-Ztg.“ kann nicht umhin, zu konstatieren, daß die Bergarbeiterführer zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt, wenn sie auch ihre Abolische Freude nicht unterdrücken kann, daß „die Bremse versagt“.

Zwischen hat eine Delegierten-Versammlung in Essen beschlossen, da alle Bemühungen der Arbeiter und ihrer Vertreter, die Differenzen zum gütlichen Abschluß zu bringen, versagten, am 17. Januar den allgemeinen Ausstand zu proklamieren. Die Konferenz verurteilte das disziplinlose Verhalten der Belegschaften, welche ohne Rücksprache mit der Organisation und ohne Forderungen zu stellen, in den Ausstand traten. Die Konferenz richtete an die Reichs- und Staatsbehörden das dringliche Ersuchen um Vermittelung, sowie an die Arbeiterschaft die Aufforderung, sofort mit den Sammlungen für die Bergarbeiter zu beginnen, die einen solchen Niesenstreik begreiflicherweise nicht aus eigenen Mitteln führen können. Wie verlautet, kämen etwa 250 000 Bergarbeiter in Betracht, und da der Bergarbeiter-Verband in Gemeinschaft mit der christlichen, der Girsch-Dunderschen und der polnischen Bergarbeiter-Organisation handelt und somit alle vier Organisationen gemeinsam zum allgemeinen Ausstand aufforderten, dürfte die Arbeitsniederlegung nun noch nachträglich eine allgemeine werden.

Wie immer bei Arbeiterausständen, so verhält sich auch hier das Unternehmertum den Forderungen der Arbeiter gegenüber ablehnend. In Verhandlungen, die die Interessenten des Bergbaues gepflogen haben, wurde es als völlig ausgeschlossen bezeichnet, auf die Vorschläge der Delegierten einzugehen. Als das in der Delegiertenversammlung der Bergarbeiter bekannt wurde,

sowie der Inhalt des vom Verein der bergbaulichen Interessen an die Delegierten gerichtete Schreiben, das statt einer Annäherung, einem Versuch zur Beilegung des Ausstandes und einem Entgegenkommen, nur Tadel, Bormwürfe und Drohungen gegen die Arbeiter enthält, da war dem Faß der Boden ausgeschlagen und die Proklamierung des allgemeinen Ausstandes nur die einzige darauf zutreffende Antwort. —

Doch zuvor noch einiges über die Forderungen der Bergarbeiter und ihre Berechtigung.

Zunächst wird eine achtstündige Schichtzeit, einschließlich Ein- und Ausfahrt, und zwar fürs laufende Jahr wie bisher, jedoch nicht über neun Stunden, von 1906 ab 8½ und von 1907 ab acht Stunden gefordert. Schon als 1889 der große Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiete ausbrach, der wegen Maßregelungen und Wortbruch 1891 nochmals aufflachte, wurde eine Regelung der Arbeitszeit bestimmt, die z. B. in einzelnen bergamtlichen Bestimmungen so weit ging, an Arbeitsstellen mit 29 Grad Celsius und darüber eine sechsstündige Arbeitszeit festzusetzen. Aber die allgemeine gültige neunstündige Arbeitszeit ist von den Zechenverwaltungen vielfach willkürlich verlängert worden. Zur effektiven Arbeitszeit der Bergarbeiter gehört auch die Ein- und Ausfahrt. Das weitere Vorrücken des Bergbaues verlängert vielfach den Weg vom Arbeitsplatz bis zur Ausfahrt. Außer dieser weniger absichtlichen Arbeitszeitverlängerung dekretierten aber die Werkbesitzer Schichtverlängerungen von ¼ bis 1½ Stunden. Beschwerden der Arbeiter über diese Rechtswidrigkeit der Betriebsleiter fanden bei der höheren Verwaltungsbehörde kein Gehör. Die Forderung der Bergarbeiter, für die heißen Arbeitsorte die sechsstündige Arbeitszeit zu verlangen, erstreckt sich nun auch auf die von großer Kälte heimgekehrten Arbeitsplätze. Ferner soll das Ueberschichtensystem, das immer mehr um sich greift, um, wenn die Nachfrage nach Kohlen fiel, durch Feierschichten abgelöst zu werden, abgeschafft und zugleich eben auch die Feierschichten aufgehoben werden, ist doch jetzt der Arbeiter auf

ein sehr ungewisses, stets schwankendes Einkommen gesetzt. Und trotzdem auf dem Kohlenmarkt kein lebhafter Absatz stattfinden soll und trotzdem dadurch Arbeitskräfte genügend frei sind, sollen die Zechenverwaltungen durch Agenten auswärtige Arbeitskräfte aus dem polnischen Osten, aus Oesterreich und Ungarn heranziehen.

Weiter wird der Fortfall des Wagemüllens gefordert, respektive es sollen nur die in den Wagenenthaltenen den Kohlen beigemengten Steine den Arbeitern in Abzug gebracht werden dürfen. Das Wagemüllen besteht darin, daß der Lademeister die über Tage ankommenden Wagen kontrolliert, ob die Kohle unrein ist, d. h. ob sie mit Steinen oder Schiefer vermengt ist. Vielfach ist der Bergarbeiter daran völlig unschuldig. Die Kohlenstücke sind stellenweise sehr stark mit Schiefer durchsetzt, die in der Grube vorhandene schlechte Beleuchtung läßt aber die Beimengung schlecht erkennen. Schon von jeher opponieren die Bergarbeiter gegen das schikanöse und im höchsten Grade ungerechte und den Arbeiter erbitternde Wagemüllen, es spielte beim Streik 1889 schon eine gewichtige Rolle. Nach den Befundungen des Ministers Möller im Abgeordnetenhaus erscheint es recht harmlos, wenn ein, höchstens bis drei Prozent der Förderung dem Müllen verfällt. Abgesehen davon, daß es in solcher Gegenüberstellung wohl nicht zu betrachten ist, sondern doch wohl mehr von dem Gesichtspunkte, daß dem davon betroffenen Arbeiter eine nicht unbedeutende Lohneinbuße erwächst, wird doch für den gemüllten Wagen etwa 1 Mk. abgezogen, wozu manchmal noch Strafen kommen, erscheint nach den Befundungen anderer Sachkenner das Wagemüllen in wesentlich anderem Lichte, hören wir doch, daß nach den Berichten der Berginspektion in einzelnen Revieren jährlich bis zu 100 000 Wagen gemüllt werden.

Die weiteren Forderungen enthalten eine Regelung der Löhne, Einsetzung eines Arbeitsausschusses, Einführung von Grubenkontrollleuten, Reform des Knappschaftswesens, Verabsolung guter Deputatkohlen zum Selbst-

Frau Fönß.

Novelle von J. R. Jacobsen.

In den hübschen Anlagen hinter dem alten Palast der Päpste in Avignon steht eine Aussichtsbank, von der man über die Rhône, über die Blumenfelder der Durance, über Höhen und Wiesen und einen Teil der Stadt sieht.

An einem Oktobernachmittag saßen auf dieser Bank zwei dänische Damen, eine verwitwete Frau Fönß und ihre Tochter Ellinor.

Obgleich sie schon ein paar Tage hier gewesen und die Aussicht wohl kannten, welche vor ihnen lag, so saßen sie doch und wunderten sich darüber, daß es in der Provence so ausseh.

Daß dies wirklich die Provence war! Ein lehmiger Fluß, mit Flächen schlammigen Sandes und unendlichen Strecken von steingrauem Kies; dann blaßbraune Wiesen ohne einen Grashalm, blaßbraune Salben, blaßbraune Höhen, und staubhelle Wege, und hier und da bei den weißen Säulern Gruppen schwarzer Bäume, vollständig schwarzer Büsche und Büume. Ueber all diesem ein weißlicher, lichtzitternder Himmel, der alles noch blasser machte, noch trockner und ermüdender hell, nicht ein Schimmer üppiger, gefättigter Töne, lauter hungerige, dürre Farben, und nicht ein Laut in der Luft, nicht eine Sense, die durch das Gras fuhr, nicht ein Wagen, der über die Wege rasselte; und die Stadt da zu beiden Seiten gleichsam aus Ruhe aufgebaut, mit all den mittagstillen Gassen, all den taufstummen Säulern, wo jeder Miegel, jede Falousie ge-

schlossen, in jedem einzigen geschlossen; Säuler, die weder sehen noch hören konnten.

Frau Fönß hatte dieser leblosen Einförmigkeit gegenüber nur ein resigniertes Lächeln, aber Ellinor wurde sichtlich nervös davon, nicht lebhaft ärgerlich nervös, aber klagend und matt, wie man es nach tagelangem Regenwetter wird, wenn all unsere trübseligen Gedanken mit herabregnen; oder bei dem idiotisch tröstenden Ticken einer Stubeuhr, wenn man dastit und seiner selbst unheilbar überdrüssig ist; oder bei den Blumen unserer Tapete, wenn dieselbe Kette abgenutzter Träume gegen unseren Willen in unserem Gehirn umherrastelt und zusammengeknüpft wird und in Stücke geht und in erstickender Unendlichkeit wieder zusammengeknüpft wird. Sie wirkte geradezu körperlich auf sie ein, diese Landschaft, und brachte sie einer Ohnmacht nahe; so hatte sich heute alles mit Erinnerungen an eine Hoffnung verschworen, die vernichtet war, an lebhaft süße Träume, die jetzt krankhaft widerlich waren, Träume, die sie schamrot machten, wenn sie ihrer gedachte, und die sie doch nie vergessen konnte. Und was hatte es denn mit dieser Gegend zu tun; der Schlag hatte sie doch soweit von hier getroffen, in heimischen Umgebungen, am farbenwechselnden Sund, unter lichtgrünen Buchen — und doch hatte jeder blaßbraune Fingel es hier auf den Lippen, und jedes grünverhängte Haus stand da und schwieg darüber.

Es war der alte Schmerz für junge Herzen, der sie betroffen; sie hatte einen Mann geliebt und an Gegenliebe geglaubt, und da hatte er plötzlich eine andere erwählt; weshalb, wozu?

Was hatte sie ihm getan? Hatte sie sich verändert? War sie nicht mehr dieselbe? Und all die ewigen Fragen wieder und immer wieder. Sie hatte ihrer Mutter kein Wort gesagt, aber ihre Mutter hatte alles verstanden und war so besorgt um sie gewesen; sie hätte bei dieser Sorgfalt, die wußte und doch nicht wissen durfte, laut aufschreien mögen, und ihre Mutter hatte dies auch begriffen, und daher waren sie gereift.

Die ganze Reise war nur, damit sie vergessen sollte.

Frau Fönß brauchte die Tochter nicht ängstlich zu machen, indem sie ihr ins Gesicht sah, um zu wissen, wo sie wieder weilte; wenn sie nur die kleine nervöse Hand ansah, die neben ihr lag und so machtlos verzweifelt über die Sprossen der Bank strich, um jeden Augenblick wieder ihre Stellung zu verändern, wie ein Fieberfranker, der sich ruhelos in seinem Bette hin und her wirft; wenn sie das nur tat, diese Hand ansah, so wußte sie auch, wie lebensmüde die jungen Augen vor sich hinstarrten, wie zerquält das feine Antlitz in jedem Zug zitterte, wie bleich es in seinem Leiden war, und wie krankhaft die blauen Adern durch die zarte Hand an den Schläfen schienen.

Es tat ihr so weh um ihre kleine Tochter, und sie hätte sie so gern sich an ihre Brust lehnen lassen, um all die Trostesworte über sie auszuhauchen, die sie nur erfinden konnte; aber sie hegte die Ueberzeugung, daß es Schmerzen gäbe, die in Verborgenheit hinsterben müssen, die sich nicht in Worten ausschreiben dürfen, nicht einmal zwischen Mutter und Tochter, damit nicht eines

Kostenpreise, Beseitigung der vielen und harten Strafen und humane Behandlung, monatliche Kündigung und Anerkennung der Arbeiter-Organisationen. Vielfach alte Forderungen, die schon seit vielen Jahren von den Bergarbeitern erhoben werden. Ueber ihre Berechtigung sich auszulassen, ist überflüssig. Jedermann weiß, wie schwer und mühselig die harte Fron des Bergmannes ist und wie Lebens- und gesundheitsgefährlich. Erst kürzlich ist die Defektivität in besonderem Maße auf die schreckliche Bummkrankheit aufmerksam gemacht worden, die außer den den Bergleuten sonst drohenden Gefahren der elementaren Gewalten auch noch Leben und Gesundheit der Bergarbeiter und ihrer Familien gefährdet. Kein Wunder daher, wenn der unter der schweren Bedrückung und all diesen Uebelständen seufzende Bergarbeiter versucht, sein Joch abzuschütteln, wenn die seit Jahren angesammelte Erbitterung impulsiv und ziellos zum Ausbruch kam, wenn die Arbeiter ohne Erwägen und Bedenken zum Ausstand griffen, vielfach planlos, ohne eigentliche Forderungen zu stellen, nur von dem Gefühl ergriffen, sich dieser Ungerechtigkeiten im allgemeinen zu erwehren; ihre Menschenwürde bäumte sich gegen diese jahrelangen Schikanen auf und der geknechtete Bergarbeiter sucht sich seiner Fesseln zu entledigen.

Ein Miesekampf, wie ihn die deutsche Gewerkschaftsgeschichte noch nicht zu verzeichnen hat! Die Bergarbeiter sind sich der Sympathie der gesamten deutschen Arbeiter gewiß. Schon hat der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes im „Vorwärts“ einen Aufruf zur Unterstützung der Bergarbeiter erlassen. Die Generalkommission wird folgen und alle übrigen Gewerkschaften. Auch unsere Kollegen und Kolleginnen werden die streikenden Bergarbeiter durch Geldsammlungen unterstützen, um sie zum Siege zu verhelfen.

Unser Verbandsvorstand tritt mit einer diesbezüglichen Aufforderung an unsere Mitglieder heran, der wir weiteste Beachtung wünschen.

Tages unter neuen Verhältnissen, wenn alles sich zu Glück und Seligkeit aufbauen will, diese Worte ein Hindernis werden können, etwas, das schwer lastet und unfrei macht, weil der, der sie gesprochen, sie in der Seele des anderen flüstern hört, sie in den Gedanken des anderen gewendet und gedreht und erwogen glaubt.

Und dann auch, daß sie fürchtete, der Tochter zu schaden, indem sie ihr das Vertrauen leicht machte; sie wollte nicht, daß Ellinor vor ihr erröten sollte; sie wollte nicht, wie sehr es sie auch erleichtern konnte, ihr über die Demütigung fortzuhelfen, die darin liegt, daß man die verborgensten Winkel seiner Seele vor den Augen eines anderen öffnet; im Gegenteil, je schwerer es dadurch für sie beide wurde, um so mehr freute sie sich darüber, daß sie die Bornehmtheit der Seele, die ihr selbst innewohnte in einer gewissen, gefunden Starrheit bei ihrer jungen Tochter wiederfand.

Einmal — es war einmal vor vielen, vielen Jahren, als sie selbst noch ein achtzehnjähriges Mädchen gewesen, da hatte sie mit ihrer ganzen Seele geliebt, mit allen Sinnen ihres Körpers, mit jeder Lebenshoffnung, jedem Gedanken; und es hatte nicht sein sollen, nicht sein können; er hatte nichts zu bieten gehabt als seine Treue, die in einer unendlich langen Verlobung erprobt werden sollte, und in ihrem väterlichen Hause waren Verhältnisse gewesen, die nicht warten konnten. Da hatte sie den genommen, den man ihr gegeben, ihn, der Herr war über diese Verhältnisse. Sie verheirateten sich, dann kamen die Kinder; Tage, der Sohn, der mit hier in Avignon

Die Zersplitterung im Krankenkassenwesen.

Von einem Vorsitzenden einer Ortskrankenkasse bringt die „Graphische Presse“ diese recht interessanten Zeilen:

Zu dem am 1. Januar 1904 in Kraft getretenen Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom 25. Mai 1903 blieb leider eine der notwendigsten Reformen dieses Gesetzes und der Arbeiterschutzgesetzgebung überhaupt noch immer unberücksichtigt. Die besonders von der großen Masse der Versicherten, den Arbeitern, schwer empfundenen Mängel der Dreiteilung in der sozialpolitischen Gesetzgebung und der Zersplitterung in einem ihrer Teile, dem Krankenkassenwesen, wurden zum Bedauern der Hauptinteressenten und aller fortschrittlichen Sozialpolitiker noch nicht beseitigt. Es werden nach wie vor die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Invaliditäts- und Altersversicherung getrennt gehalten. Jeder dieser Versicherungszweige hat infolgedessen auch fernerhin seinen besonderen Verwaltungsapparat mit dem damit verbundenen Beamtenstab und seinen daraus folgenden eigenen Verwaltungskosten. Was für Summen hätten durch die Vereinigung der Dreiteilung erspart und dem weiteren Ausbau des Versicherungswesens zugeführt werden können. Noch ungünstiger und fühlbarer wie die Trennung in der gesamten Arbeiterschutzgesetzgebung im ganzen ist die Zersplitterung in ihrem Hauptzweige, der Krankenversicherung im besonderen. Es dürfen nach wie vor Gemeindekrankenversicherung, Fabrik-, Bau-, Knappschafts- und Zinnungs-krankenkassen, freie Hilfs- und Zuschußkassen und Ortskrankenkassen die Träger dieses Versicherungszweiges sein, trotzdem nur die letzte Kassenart und in beschränktem Maße vielleicht noch die freien Hilfs- und Zuschußkassen im Interesse der Versicherten liegen. Zur Klärung dieser Tatsache ist es notwendig, das Wesen der einzelnen Krankenkassenarten einer kurzen Beleuchtung zu unterziehen.

Sehen wir uns zunächst einmal die Gemeindekrankenversicherung an. Sie ist zweifellos die allerzuvorkommendste Krankenkassenart. Bei ihr hat weder der Arbeiter, noch der Unternehmer in die Geschäftsführung hineinzureden. Die Selbstverwaltung ist aufgehoben. Der Gemeindevorstand weist Arzt, Medikamente und Krankengeld an; er macht alles selbständig nach seinem Gutdünken. Und wie beschränkt und reaktionär in den kleinen Ortschaften, für die die

war, und die Tochter, die neben ihr saß; und es war alles viel besser geworden, als sie erwarten konnte, viel leichter und freundlicher. Acht Jahre dauerte es, dann starb der Mann, und sie betrauerte ihn mit aufrichtigem Herzen, denn sie hatte diese feine, dünnblütige Natur lieben gelernt, die mit angepannter, egoistischer, fast krankhafter Liebe alles das umfaßte, was ihr durch Verwandtschaft und Familienbande angehörte, und die sich von der ganzen großen Welt da draußen einzig und allein um das kümmerte, was jene meinten; um sonst nichts. Nach dem Tode des Mannes hatte sie dann meistens für ihre Kinder gelebt, aber sie hatte sich nicht mit ihnen eingeschlossen, sie hatte teilgenommen am Gesellschaftsleben, wie es für eine so junge und vermögende Witwe natürlich war; und jetzt war ihr Sohn einundzwanzig Jahre alt, und ihr fehlten nicht mehr viele Tage bis zu vierzig. Aber sie war noch schön, nicht ein grauer Faden in ihrem dicken, dunkelblonden Haar, nicht eine Runzel um die großen, mutigen Augen, und die Figur schlank in ihrer formherrschenden Fülle. Die kräftigen, linienfeinen Züge wurden durch den dunkleren, mehr farbtischen Ton, den die Jahre ihnen gegeben, hervorgehoben, aber das Wächeln ihrer tiefgeschweiften Lippen hatte etwas so süßes; eine fast rätselhafte Jugend in dem sanften Aufleuchten ihrer braunen Augen machte alles wieder mild und weich. Und doch hatte sie auch wieder die ernst volle Rundung der Wangen, das willensstarke Kinn des gereiften Weibes.

„Da kommt gewiß Tage,“ sagte Frau Föñz zur Tochter, als sie Lachen und einige dänische

Gemeindekrankenversicherung in Betracht kommt, obrigkeitliche Beschlüsse und Verfügungen meistens sind, davon ist schon so manches Lied gesungen worden. Infolgedessen läßt natürlich auch der Ausbau des Unterzweigwesens selbst zu wünschen übrig. Wöchnerinnenunterstützung und Sterbegeld werden nicht gezahlt. Das Krankengeld wird nicht nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienst des Versicherten, sondern nach dem örtlichen Tagelohn berechnet, und wie hoch sich nach diesem das Krankengeld in vielen Fällen belaufen kann, das möge folgendes Beispiel veranschaulichen. Nehmen wir an, der örtliche Tagelohn für erwachsene männliche Arbeiter beträgt 1 Mark. In vielen ostelbischen Gegenden ist er tatsächlich nicht höher. Nach dem Krankenversicherungsgesetz wäre die Hälfte dieses Tagelohnes als tägliches Krankengeld zu zahlen. Es betrüge demnach pro Woche 3 Mark. Da nun gewöhnlich die ersten drei Tage als Karenzzeit abgehen, bleiben für die erste Krankheitswoche 1,50 Mark übrig, und wenn in diese Woche noch Feiertage fallen, die bei der Gemeindekrankenversicherung nicht gezahlt werden, kann es vorkommen, daß ein Kranker in der höchsten Beitragsklasse für erwachsene männliche Arbeiter nichts oder so gut wie nichts als Krankengeld erhält. Auch wenn er vielleicht den durchaus nicht zu hohen Tagesverdienst von 5 Mark hätte und aus einer Ortskrankenkasse demzufolge täglich 2,50 Mark oder wöchentlich 15 Mark als Krankengeld beziehen könnte. Die erwachsenen weiblichen und die jugendlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts kommen in der Gemeindekrankenversicherung natürlich noch schlechter weg. Die Arbeiter sollten daher in allen Orten mit dieser Kassenart für deren Umänderung in Ortskrankenkassen eintreten, denn die schlechteste Ortskrankenkasse ist der besten Gemeindekrankenversicherung noch vorzuziehen.

Wie verhält es sich nun mit der zweiten Gattung, den Fabrik-, Bau-, Knappschafts- und Zinnungs-krankenkassen, die am besten unter dem Sammelnamen Betriebskrankenkassen zusammenzufassen sind. Da in diesen Kassen die Betriebsleitung für etwaige Unterbilanzen aufzukommen hat, ist sie mit der Einstellung neuer Arbeiter ungemein vorsichtig und in den meisten Fällen verlangt sie vor deren Annahme ihre ärztliche Untersuchung. Nun hat heutzutage schließlich jeder Arbeiter einen kleinen Krag und es wird häufig vorkommen, daß die Untersuchung nicht ganz zur Zufriedenheit der Betriebsleitung ausfällt. In diesem Falle wird der Stellungsuchende, der vielleicht Arbeit gefunden hätte,

Ausrufe von der anderen Seite der diesen Tagebuchhefte her hörte.

Ellinor nahm sich zusammen.

Und es war Tage; Tage und Kastagers, Großhändler Kastager aus Kopenhagen mit Schwester und Tochter; Frau Kastager lag krank im Hotel.

Frau Föñz und Ellinor rüdten, um den beiden Damen Platz zu machen; die Herren versuchten, einen Augenblick stehend, Konversation zu machen, ließen sich aber bald von der Feldsteinmauer locken, die den Aussichtspunkt umgab, und so saßen sie da und sprachen nur das notwendigste, denn die zuletzt gekommenen waren müde von dem kleinen Eisenbahnausflug, den sie in die rosenblühende Provence unternommen hatten.

„Salloh!“ rief Tage und schlug sich mit der flachen Hand auf die hellen Reinkleider, „seht dahin!“

Man sah hin.

Draußen in der braunen Landschaft zeigte sich eine Staubwolke, über dieser ein Staubmantel, und dazwischen gewahrte man ein Pferd. „Das ist der Engländer, von dem ich erzählte, der kürzlich angekommen,“ sagte Tage zur Mutter gewendet. „Haben Sie schon einmal jemand so reiten sehen?“ fragte er Kastager, „er erinnert mich an die Gauchos.“

„Maseppa?“ sagte Kastager fragend.

Der Reiter verschwand.

Dam erhoben sie sich und machten sich auf den Weg ins Hotel.

Diese Kastagers hatten sie in Velfort getroffen, und da sie dieselbe Tour machten, durch

wenn der betreffende Betrieb in der Ortskrankenkasse gewesen wäre, einfach abgewiesen. Er darf weiter hungern, das Geer der Arbeitslosen vermehren und dadurch auf die Bühne drücken. Viel-sagend für die Praktiken, die in Betrieben mit Betriebskrankenkassen bei der Einstellung neuer Arbeiter geübt werden, dürfte folgender Fall sein, der mir unter vielen anderen in meiner Eigenschaft als Ortskrankenkassen-Vorsitzender bekannt geworden ist. Bei einem als Lehrling angenommenen Knaben stellte der Arzt ein Ohren-leiden fest. Die Eltern des Knaben mußten sich nun schriftlich verpflichten, auf Krankenunterstützung zu verzichten, wenn das Leiden ihres Sohnes ernstere Gestalt annehmen sollte. Wäre das nicht geschehen, dann wäre der Knabe nicht angenommen worden. Trotzdem ein derartiges Schriftstück vom Gericht nicht anerkannt werden würde, wird doch nur selten richterliche Entscheidung angerufen werden und das durch die Beitragszahlung erworbene Recht auf Unterstützung wird daher direkt illusorisch gemacht. Ein in Betriebskrankenkassen sehr beliebter Brauch ist auch das Abschließen von Schwangeren. Mir selbst sind zahlreiche derartige Fälle bekannt. Wenn die Betroffenen das Glück haben, in einem anderen Betrieb ohne Betriebskrankenkasse unterzukommen, dann fallen sie der Ortskrankenkasse zur Last und die Betriebskrankenkassen sparen dadurch auf Kosten der Ortskrankenkassen. Bekommen die armen Frauen und Mädchen anderweitige Beschäftigung nicht, dann sind sie während ihrer schweren Zeit ganz und gar dem Schicksal überlassen. Ähnliche Praktiken werden solchen Arbeitern gegenüber angewandt, die häufig krank sind, und es ist daher sehr gut zu verstehen, wenn derartige Arbeiter lieber auf ihr Krankengeld oder überhaupt einen Teil der ihnen zustehenden Unterstützungen verzichten, um nicht auch noch ihre Stellung zu verlieren. Die Arbeitervorstandsmitglieder derartiger Betriebskrankenkassen werden nur selten etwas gegen solche und ähnliche Mißstände ausrichten können. Der Betriebsleiter ist durch das Gesetz die Leitung ihrer Betriebskrankenkasse garantiert und wenn ein Arbeiter im Vorstand oder in der Generalversammlung zu opponieren wagt, dann wird er schon bei einer sich bietenden Gelegenheit ohne Aufsehen abgehoben werden. Die Arbeiterschaft sollte daher immer und immer wieder die Auflösung der Betriebskrankenkassen und ihre Angliederung an die Ortskrankenkassen verlangen, in denen Mißstände von der geschilderten Art ganz und gar ausgeschlossen sind.

Südfrankreich an die Riviera, so waren sie vorläufig zusammen gereist. Hier in Avignon hatten sich dann die beiden Familien aufgehalten; der Großhändler, weil die Frau einen Aderkropf bekommen; die Familie Fönß, weil Elsinor augenscheinlich der Ruhe bedurfte.

Tage war entzückt über dies Zusammenleben, denn Tag für Tag verliebte er sich sterblicher in die hübsche Ida Kastager; aber Frau Fönß war nicht sehr zufrieden, denn obwohl Tage für sein Alter sehr sicher und entwickelt war, so hatte er doch durchaus keine Eile mit der Verlobung, — und außerdem dieser Kastager! Ida war ein prächtiges, kleines Mädchen, die Frau war eine außerordentlich gebildete Dame von ausgezeichnetem Charakter, und der Großhändler selbst war sowohl tüchtig wie reich und brav, aber es lag ein Hauch von Lächerlichkeit auf ihm, und die Leute pflegten unmerklich zu lächeln oder zu blinzeln, wenn man den Großhändler Kastager nannte. Er war nämlich so feurig und dann so außerordentlich begeistert, war es so offenerzig, so lärmend und so mitteilsam, und daher kam es; denn mit der Begeisterung umzugehen erfordert ja so viel Disziplin. Frau Fönß konnte aber den Gedanken nicht ertragen, daß man Tages Schwiegervater mit einem gewissen Lächeln oder Winkeln nannte, und deshalb verhielt sie sich der Familie gegenüber ein wenig kühl, zum größten Kummer des verliebten Tage.

(Fortsetzung folgt.)

Wenden wir uns nun den freien Hilfskassen zu. Hier ist von vornherein zwischen Schwundkassen und den an die verschiedenen Arbeiterorganisationen angegliederten freien Hilfs- und Zuschußkassen zu unterscheiden. Vor der ersten Gattung, die sich dadurch kennzeichnet, daß ihre Agenten im Lande auf den Mitgliederfang ausgehen, kann die Arbeiterschaft nicht genug gewarnt werden. Gerade in letzter Zeit haben zahlreiche Gerichtsverhandlungen gezeigt, daß derartige Kassen meist nur begründet worden sind, um einigen Personen, die sich selbst zu Direktoren und Vorstandsmitgliedern machten, eine bequeme Einnahmequelle zu eröffnen. Das geht auch daraus hervor, daß oft 70, 80 und mehr Prozent der Einnahmen für „Verwaltungskosten“ wieder aufgerechnet sind. Krankengeld gibt es nur selten. Jeder Arbeiter möge sich daher vor diesen Kassen hüten. Anders ist es mit den an die Berufsverbände angegliederten oder mit diesen in Verbindung stehenden freien Hilfskassen. Die Pflicht der Selbsterhaltung gebietet ihnen allerdings, von Neuaufzunehmenden ärztliche Untersuchung zu verlangen. Trotzdem wirken sie zur Ergänzung der Ortskrankenkassen als Zuschußkassen zweifellos sehr segensreich. Außerdem haben sie den Vorteil, daß sie nur von den Mitgliedern selbst geleitet werden, was allerdings den Nachteil bedingt, daß diese ihre Beiträge in der ganzen Höhe aus ihrer Tasche bezahlen müssen, während in der Ortskrankenkasse bekanntlich der Arbeitgeber ein Drittel tragen muß. Dieser Umstand hat z. B. verschiedene Unternehmer in der deutschen Bürgerrepublik Hamburg veranlaßt, nur solche Arbeiter einzustellen, die einer freien Hilfskasse angehören und die infolgedessen nicht nötig haben, gleichzeitig der Ortskrankenkasse beizutreten, um sich dadurch von allen Ausgaben für die Krankenversicherung ihrer Arbeiter zu befreien. Vom Jahre 1904 ab ist ja derartige Unternehmerpraktiken ein Niegel vorgeschoben. Die Arbeiter täten aber gut, auch nicht freiwillig ihrem Unternehmer die Beitragspflicht zu erlassen, sondern sich trotz der Zugänglichkeit zu einer freien Hilfskasse in die Ortskrankenkasse aufnehmen zu lassen und die freie Hilfskasse nur als Zuschußkasse zu betrachten.

Die bisher erreichte vollkommenste Krankenkassenform repräsentiert sich zweifellos in den Ortskrankenkassen. In ihnen ist den Arbeitern eine $\frac{2}{3}$ Mehrheit in der Generalversammlung sowohl als auch im Vorstand garantiert und wenn diese Mehrheit richtig ausgenutzt wird, dann wird auch der Vorsitzende ein Arbeitnehmer sein, die Leitung somit in Arbeiterhänden liegen. Es liegt daher nur an den Arbeitern selbst, die Ortskrankenkassen so weit als möglich auszubauen und sie zu segensreichen Institutionen zu machen. Außerdem sind die bei den anderen Kassenarten gerügten Uebelstände in den Ortskrankenkassen überhaupt unmöglich. Der Versicherungszwang und die daraus folgende Pflicht dieser Kassen, jede versicherungspflichtige Person unbedingt aufzunehmen, schließt die ärztliche Untersuchung vor dem Eintritt, das Abschließen von Wädnerinnen und häufig kranken Mitgliedern und die Beseitigung von Opponenten völlig aus. Daher müßten die Arbeiter im eigenen Interesse soviel als möglich für die Stärkung der Ortskrankenkassen eintreten. Vor allem müßten sie für die Ablösung der veralteten Gemeindefrankenkasse, für die Auflösung der Betriebskrankenkassen und ihren Anschluß an die Ortskrankenkassen und endlich dafür eintreten, daß durch ihre Zugehörigkeit zu einer freien Hilfskasse die Mitgliedschaft bei der Ortskrankenkasse nicht ausgeschlossen und das erstere nur als Zuschußkasse angesehen wird. Dadurch würden die Arbeiter das, was sie selbst gegen die eingangs kritisierte Zersplitterung im Krankenkassenwesen zu tun vermögen, getan haben.

Ebenso bedauerlich wie die Zersplitterung im Krankenkassenwesen überhaupt ist die Zersplitterung im Ortskrankenkassenwesen vieler Orte im besondern. So existieren z. B. in Berlin, Breslau und vielen anderen deutschen Groß-, Mittel- und Kleinstädten eine ganze Anzahl von Ortskrankenkassen, häufig für jedes Gewerbe eine besondere. Nun ist's doch aber zweifellos, daß

eine große, zentralisierte Kasse weit leistungsfähiger sein muß wie die zahlreichen kleineren Kassen in Orten mit zersplittertem Ortskrankenkassenwesen. Das sehen wir am besten an den ziemlich gleich großen Städten Leipzig, Dresden und Breslau. Die beiden sächsischen Großstädte haben ein völlig zentralisiertes Ortskrankenkassenwesen, während die schlesische Residenz wohl gegen 50 Ortskrankenkassen hat. Ein Blick in die verschiedenen Kassenstatuten zeigt uns klar und deutlich, daß keine der kleinen Breslauer Ortskrankenkassen auch nur annähernd das leisten kann, was die großen Leipziger und Dresdener Kassen, von denen die erste mehr als 130 000, die zweite gegen 100 000 Mitglieder zählt, ihren Mitgliedern bieten können. Keine der Breslauer Kassen wird z. B. an die Errichtung von Genesungsheimen denken können, während es ihnen bei einer Verschmelzung sehr gut möglich würde. Auf je mehr Schultern sich die Lasten verteilen, desto leichter werden sie zu tragen sein. Aus diesem Grunde sind daher in neuester Zeit auch die 10 Münchener Ortskrankenkassen einer Verschmelzung näher getreten und es wäre nur zu wünschen, daß die Arbeiter aller anderen Städte mit zersplittertem Ortskrankenkassenwesen alles, was in ihren Kräften steht, für eine Zentralisation tun wollten. Es geschähe nur im eigenen Interesse zum eigenen Wohle.

Das, was für das Ortskrankenkassenwesen vieler Städte gilt, trifft auch für die Ortskrankenkassen verschiedener nebeneinander liegender Orte zu, wie sie besonders in Sachsen und anderen deutschen Industriegebieten häufig sind. Die Ortskrankenkassen der einzelnen Orte sind nicht einmal lebensfähig, sie vegetieren bloß, während sie durch Verschmelzung mit denen der Nachbarorte, die in der gleichen Lage sind, zu Bezirkskrankenkassen und der damit verbundenen Vergrößerung der Mitgliederzahlen sehr wohl lebens- und leistungsfähig würden. Sie wären dann vor allem nicht ganz und gar den Ärzten und Apothekern ausgeliefert, wie es bei der Zersplitterung häufig der Fall ist. Sie wären eher in der Lage, günstige Verträge mit Ärzten, Apothekern und Heilmittellieferanten abzuschließen und das dadurch erparte ihren Mitgliedern in Form von erhöhter Unterstützungsdauer, Familienunterstützung usw. wieder zuzuführen. Außerdem würde durch derartige Bezirkskrankenkassen mancher Gemeindefrankenkassenversicherung das Lebenslicht ausgeblasen werden können.

Es bleibt aus all' den genannten Gründen nur noch zu wünschen, daß die Arbeiter sich auch des Krankenversicherungswezens noch mehr annehmen möchten wie bisher und zum eigenen Vorteile für weitgehendste Zentralisation und die dadurch bedingte Stärkung der Krankenkassen eintreten wollten. Wir werden dann der ersehnten Verschmelzung der gesamten Arbeiterschutzesgesetzgebung auf der Grundlage der Selbstverwaltung aus eigener Kraft wieder einen tüchtigen Schritt näher gerückt sein. P. B.

Bericht vom Goutag des Gaus I.

Abgehalten am 8. Januar 1905 zu Ludenwalde.

Der Gausvorsitzende Bergmann-Berlin eröffnet um 9 Uhr den Goutag und weist in seiner Begrüßungsrede auf die Wichtigkeit der Verhandlungen hin. Mit besonderer Freude — so fährt er fort — hat es uns erfüllt, daß wir unseren Goutag in Ludenwalde abhalten können. Die Ludenwalder Kollegen haben ihr Versprechen gehalten und den Schandfleck ausgelöscht, der auf dem letzten Goutag in Charlottenburg konstatiert werden mußte. Die Ludenwalder Kollegen haben ohne Kampf die 10stündige Arbeitszeit erungen, ein Erfolg, der, wenn man die Verhältnisse in Ludenwalde kennt, nicht hoch genug angerechnet werden könne. Auch das schnelle Wachstum der Zahlstelle beweist, daß die Kollegen eine rege Tätigkeit entfaltet haben und rechtfertigt somit den Entschluß des Gausvorstandes, Ludenwalde als Tagungsort zu wählen.

Darauf brachte der Ludenwalder Arbeiter-Gesangverein einige stimmungsvolle Lieder zum Vortrag, die ungeteilten Beifall fanden.

Die Präferenzliste ergibt, daß 15 Orte durch 22 Delegierte vertreten sind.

Anwesend sind: Brückner, Brucks und Hanke für Berlin; Silbert und Müßler für Charlottenburg; Kolath und Gerber für Steglitz; Lustig für Adlershof; Zaber für Brandenburg; Mein für Finsterwalde; Kühle, Dittrich und Fräulein Habbig für Ludenwalde; Döbel und Wittstock für Rathenow. Aus den Orten mit Einzelmitgliedern waren erschienen: Deutsch aus Potsdam, Heiling aus Nowawes, Niemeyer aus Frankfurt a. D., Fehse aus Kottbus, Petermann aus Sorau, Schöneck aus Landsberg a. W. und Rauffus aus Zossen. Der Gauvorstand, bestehend aus Bergmann, Lemser und Schade, ist vollzählig anwesend.

Die Tagesordnung ist folgende:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Situationsberichte der Zahlstellen und der Einzelmitglieder.
3. Unsere Lohnbewegungen.
4. Die Agitation.
5. Anträge.
6. Verschiedenes.

Anträge an den Gautag sind eingelaufen:

Ein Antrag des Gauvorstandes zur Geschäftsordnung: „Anträge, welche noch zur Beratung auf die Tagesordnung des Gautages gestellt werden sollen, müssen von mindestens fünf Delegierten unterstützt werden.“ — Ein Antrag der Zahlstelle Steglitz zur Geschäftsordnung: „Anträge nicht als vorletzten Punkt der Tagesordnung zu behandeln.“

Allgemeine Anträge:

Gauvorstand: Zur Ansammlung eines Fonds, aus welchem hauptsächlich die Kosten der alle zwei Jahre stattfindenden Gautage bestritten werden sollen, wird von den Mitgliedern ein Gaubeitrag erhoben, und zwar von Zahlstellen bis 25 Mitgliedern pro Jahr 5 Mk., bis 50 Mitgliedern 10 Mk., bis 250 Mitgliedern 15 Mk. und über 250 Mitgliedern pro Jahr und Mitglied 5 Pf., von den Einzelmitgliedern pro 1/4 Jahr 10 Pf. Der Gaubeitrag ist im Januar für Zahlstellen und im ersten Monat eines jeden Vierteljahres von den Einzelmitgliedern zu entrichten. Neueintretende oder zureisende Mitglieder haben bei der ersten Beitragszahlung den Gaubeitrag mit einzufenden.

Zahlstelle Steglitz: „Die Zahlstellen Adlershof, Charlottenburg und Steglitz sind mit der Zahlstelle Berlin zu verschmelzen, dieselben bleiben aber als besondere selbständige Bezirke bestehen. Die Bezirksleiter gelten als Mitglieder des Berliner Vorstandes.“

Zahlstelle Rathenow: „Die Konferenz wolle beschließen: Einführung von Kontrollkarten für Vertrauensmänner in den einzelnen Betrieben, um hierdurch eine bessere Kontrolle zu haben über das Markenleben.“

Zahlstelle Rathenow: „Die Konferenz wolle beschließen: Den Gauvorständen Bergmann zu beauftragen, allgemeine Verhaltensmaßregeln für Vertrauensmänner in den Betrieben auszuarbeiten, damit diese nicht so leicht mit den Arbeitgebern in Konflikt geraten, so daß den Vertrauensmännern hierdurch ein Anhalt gegeben wird, soweit dies nicht geschehen ist.“

Mitglieder in Kottbus: „Der Gautag wolle beschließen, im Laufe des Sommers 1905 einen Gau-Ausflug nach dem Spreewald zu unternehmen.“

Gauvorstand: „Ein Gautag findet alle zwei Jahre und zwar am ersten Sonntag nach Pfingsten statt.“

Die Bureauwahl ergibt Brückner - Berlin und Kühle - Ludenwalde als Vorsitzende, Brucks - Berlin und Gerber - Steglitz als Schriftführer und Döbel - Rathenow als Führer der Rednerliste.

Brückner übernimmt hierauf den Vorsitz und erteilt zunächst dem Bevollmächtigten für Ludenwalde, Kollegen Sailer, das Wort. In einer Ansprache heißt Sailer die erschienenen Delegierte sowie den Gauvorstand im Namen der Ludenwalder Kollegen und Kolleginnen herzlich willkommen und wünscht, daß sie sich in den Mauern Ludenwaldes wohlfühlen mögen. Er wünscht, daß der Gautag, der heute zu erster

Arbeit zusammengetreten ist, zu Beschlüssen kommen möge, die nur Ersprießliches für den Verband bringen.

Hierauf wird zur Beratung der Anträge zur Geschäftsordnung geschritten. Der Antrag des Gauvorstandes wird mit einem Amendement Gerber: „Anstatt 5 nur 3 Delegierte“ zu setzen, angenommen.

Der Antrag Steglitz wird zurückgezogen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Der Gauvorstehende Bergmann - Berlin erstattet den Geschäftsbericht wie folgt:

Da der letzte Gautag beschlossen hat, regelmäßig alle zwei Jahre einen solchen abzuhalten, beschränkt sich der Bericht nur auf die Jahre 1903 und 1904. Da der Bericht vom Jahre 1903 den Delegierten in der ausgelegten Nr. 22 des Jahrgangs 1904 der „Buchbinder-Zeitung“ gedruckt vorliegt, wäre nur noch über das Jahr 1904 zu berichten. Im Gau befinden sich 8 Zahlstellen: Berlin, Adlershof, Charlottenburg, Steglitz, Brandenburg, Finsterwalde, Ludenwalde und Rathenow. Zwei ehemals blühende Zahlstellen, Kottbus und Neu-Müppin, sind eingegangen. In Berlin machten sich in der Buchbinderbranche durch die Einführung der höheren Minimallöhne 255 Werkstubeversammlungen notwendig; dergleichen wurden 52 Verhandlungen geführt. In der Kontobuchbranche ist die Kollegenschaft gut organisiert. Das Tariffchiedsgericht wurde wiederholt in Anspruch genommen. Die Luruspapierbranche hat eine Lohnbewegung geführt, die einen Ausstand im Gefolge hatte, der verloren ging; jedoch ist es gelungen, für einen Teil der Kollegenschaft Verbesserungen zu erzielen. 240 Werkstubeversammlungen haben stattgefunden. Auch die Galanteriebranche hat in diesem Jahre eine Lohnbewegung geführt, die mit gutem Erfolge beendet wurde. In der Kartonbranche, in der im Jahre 1903 ein Tarifvertrag für die Mieter zum Abschluß gekommen ist, hat jetzt eine lebhaftige Agitation eingesetzt, die uns hoffen läßt, daß es uns gelingen wird, in absehbarer Zeit die Verhältnisse aller Branchenangehörigen zu verbessern.

Die Altbuchbranche hat es zu einer Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden gebracht. Die Goldschnittmacher haben in den maßgebenden Betrieben einen Tarif eingeführt. Während im Jahre 1903 in Berlin 532 Werkstubeversammlungen stattfanden, waren es 1904 deren 885. Branchen-Versammlungen fanden 37 statt. 108 Verhandlungen wurden geführt. Am Schluß des dritten Quartals 1904 war ein Mitgliederbestand von 6016 vorhanden; die Zahl der weiblichen Mitglieder ist größer als die der männlichen.

Die Zahlstelle Adlershof hat an Mitgliedern nicht zugenommen. Dagegen hat Charlottenburg eine Zunahme aufzuweisen; gegenwärtiger Bestand 37 Mitglieder. Steglitz ist an Mitgliederzahl zurückgegangen. Dieser Rückgang hat seine Ursache darin, daß die am Ort befindliche „Neue Photographische Gesellschaft“ unsere Kollegen in rücksichtsloser Weise maßregelte, wobei auch zwei Kollegen, Mauei und Meier, Vorspanndienste geleistet haben.

Von Ludenwalde ist zu konstatieren, daß die Zahlstelle sich gut emporgearbeitet hat. Zwei Agitationsversammlungen haben stattgefunden. Finsterwalde wäre beinahe eingegangen, wenn nicht der Gauvorstand rechtzeitig eingegriffen hätte.

In Brandenburg ließ das Verbandsleben keine rege Tätigkeit erkennen. Es bedurfte erst eines Anstoßes des Gauvorstandes, um die Agitation wieder in Fluß zu bringen. Einige Abteilungsversammlungen einzelner Betriebe hatten nicht den erhofften Erfolg, brachten aber einige Aufnahmen. Die traurige Lage des Berufes in Neu-Müppin wurde aufzubessern versucht. Die Lohnbewegung wuchs sogar zum Ausstand aus. Bei der Firma Dehnmigge & Niemschneider kam es nach viertägigem Ausstand zu einer Einigung, die wesentliche Vorteile für die Kollegenschaft brachte, während bei der Firma Lange erst nach vierzehntägigem Ausstand dieses Resultat erzielt wurde. Doch verstand es die Firma Lange, die

errungenen Vorteile wieder rückgängig zu machen, indem sie fortwährend unsere Kollegen maßregelte. Der größere Teil dieser Maßregelungen gelangte am Weihnachtsabend unter Verletzung aller Rechtsgarantien zur Ausführung, demzufolge sich die Kollegen genötigt sahen, den Klageweg gegen die Firma zu beschreiten, was auch mit Erfolg geschah. Der Firma Dehnmigge & Niemschneider folgte alsdann das unrihmliche Vorgehen der Firma Lange, wodurch dann der Mitgliederchwund einsetzte und die Zahlstelle der Auflösung verfiel. Ein großer Teil der Schuld ist den Kollegen selbst zuzuschreiben, die es sich nicht versagen konnten, Arbeitswilligendienste zu verrichten, wobei der Kollege Hermann Erbs eine hervorragende Rolle spielte.

In Kottbus, wo ein guter Mitgliederbestand vorhanden war, stellten die bei der Firma Enke beschäftigten Kollegen ohne Wissen des Gauvorstandes Forderungen, worauf Entlassungen erfolgten. Die Firma ließ bei den Entlassenen sofort Hausnachfrage vornehmen, die allerlei wertlosen Klünder zu Tage förderte, den sich die Kollegen angeeignet hatten. Die Kollegen wurden dann unter Anklage gestellt und wanderten ins Gefängnis. Somit war die Draganisation bei der Firma Enke hinausbefördert worden, und der Gauvorstand, der sofort energisch eingzugreifen versuchte, konnte nichts mehr retten. Die Firma ließ nicht mit sich sprechen, im Gegenteil, Herrn Enke gelang es, seinen Einfluß auch in den anderen Betrieben geltend zu machen, wodurch auch dort unsere Mitglieder gemäßigert wurden, sodas die Zahlstelle aufgelöst werden mußte. Einige Versuche, in Kottbus wieder Fuß zu fassen, scheiterten, weil das Gewerkschaftskartell es ablehnte, diese Versuche zu unterstützen.

Frankfurt a. D. ist schon zweimal Zahlstelle gewesen; es gelang aber nicht, diese wieder aufzubauen, da die Kollegen in der Agitation sehr lau sind.

Die Kollegen in Guben, die anscheinend nichts tun, um Fortschritte für die Organisation zu erzielen, haben es abgelehnt, einen Vertreter zu entsenden, wahrscheinlich weil sie sich schämen, hier Bericht zu erstatten.

Ueber Sorau läßt sich nicht viel sagen, da erst vor kurzem dort Anschluß gefunden wurde.

Potsdam und Nowawes haben eine Anzahl Mitglieder aufzuweisen, jedoch ist es bisher nicht gelungen, auf die Verhältnisse in den Betrieben bessernd einzuwirken. Durch Zusammenfluß beider Orte konnte eine rege Agitation entfaltet und ein Mitgliederbestand von 25 erzielt werden.

In Spandau, zurzeit 2 Mitglieder, sind sehr schwer Fortschritte zu machen.

Die Kollegen in Zossen wollten eine Zahlstelle ins Leben rufen, da aber auf Welschen derselben nicht gerechnet werden konnte, riet der Gauvorstand davon ab. In der „Deutschen Buch- und Kunstbindererei“ kam es zu einem dreitägigen Ausstand, wodurch Verbesserungen erzielt wurden, die aber wieder verloren gingen, weil die Arbeiterinnen ohne Wissen des Gauvorstandes zu den alten Bedingungen weiter arbeiteten. Versuche, die verabredeten Bedingungen wieder einzuführen, mißlangen, worauf sich ein Teil der Kollegen und Kolleginnen veranlaßt sah, den Betrieb zu verlassen, so daß nur noch 6 Mitglieder am Ort verblieben.

In Neudamm bei Küstrin hat die Organisation noch nicht Fuß fassen können, obwohl ein Betrieb, der zirka 100 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, am Orte ist.

In Rathenow hatte der Gauvorstand wiederholt versucht, der Organisation Eingang zu verschaffen, jedoch stets ohne Erfolg. Erst die unermüdliche Hausagitation des ehemaligen Vertrauensmannes der Berliner Etuisarbeiter, Kollegen Lust, gelang es dort, Mitglieder zu gewinnen. Die im Metallarbeiter-Verband organisierten Etuisarbeiter, 29 an der Zahl, traten zu unserem Verband über, nachdem ihnen der Verbandsvorstand die im Metallarbeiter-Verband erworbenen Rechte sofort eingeräumt hatte. Dadurch wurde es möglich, eine Zahlstelle zu

gründen, die es bis jetzt auf 53 Mitglieder gebracht hat.

Mitglieder befinden sich jetzt in 21 Orten des Gaues. Der Gauvorstand erledigte seine Geschäfte in 22 Sitzungen, die gemeinsam mit den Berliner Vertrauensleuten stattfanden. Die im April 1904 stattgehabte Neuwahl des Gauvorstandes brachte für die ausscheidenden Kollegen Duft und Bytomski die Kollegen Lemser und Schade in denselben.

Am Ende des Berichtes angekommen, spricht Medner die Erwartung aus, daß der Gauvorstand nach wie vor auf die Unterstützung aller Mitglieder rechnen dürfe, dann würde es möglich sein, in bisheriger Weise weiter zu arbeiten zum Nutzen und zum Wohle des Verbandes.

Den Kassenbericht erstattete Lemser. Die Abrechnung der Verbandskasse ergibt im Jahre 1903 eine Einnahme von 1152,28 Mk., der eine Ausgabe von 464,33 Mk. gegenübersteht. An die Verbandskasse wurden 673 Mk. eingesandt. Im Jahre 1904 steht einer Einnahme von 1228,70 Mk. eine Ausgabe von 495,53 Mk. gegenüber; eingesandt an die Verbandskasse wurden 650 Mk. Die Abrechnung der Extra-Gaubeträge an die Gaukasse 1903/1904 ergibt folgendes:

Es wurden geleistet: von Berlin 412,19 Mk. gleich 95 Prozent, von den übrigen Zahlstellen 8,65 Mk. gleich 3 1/2 Prozent und von den Einzelmitgliedern 2,80 Mk. gleich 1 1/2 Prozent. Demzufolge ist eine Gesamteinnahme von 423,64 Mk. erzielt worden; die Ausgabe beträgt 82,30 Mk., Bestand 341,34 Mk.

Als Revisoren zur Prüfung dieser Abrechnung wurden Hilbert und Wittstod gewählt.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung erstattet Hilbert Bericht von Charlottenburg. Sehr erfreulich ist nicht zu berichten. Die Zahlstelle zählt 40 Mitglieder. Ein größerer Betrieb ist im Orte nicht vorhanden. Die Tätigkeit der Mitglieder ist eine sehr kaue, und da der Antrag Charlottenburg auf dem Verbandstage nicht angenommen worden, ist die Agitation schwieriger denn je. Anträge der dortigen Mitglieder auf Auflösung der Zahlstelle wurde durch das Eingreifen des Gauvorstandes zum Scheitern gebracht.

Bon Steglitz berichtet Kolath. Die Mitgliederzahl beträgt 25 männliche und 6 weibliche. Die Zahlstelle hat die Krisis gut überstanden. Leider hat uns der Verbandsvorstand das Leben sehr schwer gemacht, denn Herr Meier ist bei den Kollegen mit seiner noch bestehenden Mitgliedschaft haufieren gegangen. Zurzeit haben wir mit den Kollegen der „Neuen Photographischen Gesellschaft“ jede Verbindung abbrechen müssen.

Die Zahlstelle Adlershof hat 12 Mitglieder. Kollege Lustig ist ebenfalls der Meinung, daß durch die Ablehnung des Antrages Charlottenburg auf dem Verbandstage die Agitation schwieriger ist. Schon die Einführung der lokalen Arbeitslofenunterstützung in Berlin hat das Bestehen der Vorortszahlstellen in Frage gestellt.

Die Mitgliederzahl von Brandenburg, die 23 Kollegen und Kolleginnen umfaßt, ist eine stabile. Am Orte befindet sich für unsere Branche eine große Fabrik mit 300 beschäftigten Personen; ferner sind 15 Kleinbetriebe vorhanden. Der Minimallohn ist in der Fabrik 14—17 Mk., in den Kleinbetrieben bei Kost und Logis 6—8 Mk. pro Woche. Die Konjunktur war eine sehr gute. Das Personal mußte oft bis nachts 12 Uhr arbeiten. Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung scheinen für Brandenburg nicht vorhanden zu sein, denn ein Eingreifen der Polizei wurde nur nebensächlich beachtet. Ueberstundenbezahlung findet in den seltensten Fällen statt, jedoch wird im Sommer eine Landpartie gemacht, die für Bezahlung der Ueberstunden gelten soll.

Die Zahlstelle Finsterwalde ist auf 10 Mitglieder zurückgegangen, was jedoch auf den Berufswechsel der weiblichen Mitglieder zurückzuführen ist. Der Minimallohn beträgt für Arbeiter 18—27 Mk., für Arbeiterinnen 3—9 Mk. pro Woche. Das Eintassieren der Beiträge durch Hauskassierer konnte nicht zur Aus-

führung gebracht werden, da die Entschädigung des betreffenden Kollegen eine zu niedrige ist.

Kuhle berichtet über Luckenwalde. Von den dort beschäftigten Kollegen sind 45 Prozent organisiert, das ist, wenn man in Betracht zieht, daß die Mehrzahl der Kollegen Hilfsarbeiter sind, eine sehr befriedigende Zahl. Durch gemeinsame Agitation aller Gewerkschaften ist es gelungen, die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. Die mündliche Agitation hatte die besten Erfolge zutage gefördert, und da der Wechsel in den Betrieben sehr minimal ist, kann mit einem guten Mitgliederstand dauernd gerechnet werden. Medner bedauert, daß der Staffelleitrag nicht zur Einführung gelangt ist, da dann die Agitation unter den Jugendlichen viel leichter wäre.

Rathenow hat 53 Mitglieder. Am Orte sind 12 Betriebe, in denen zirka 200 Kollegen beschäftigt werden. Ueberstunden werden nur in drei Betrieben bezahlt. Die Löhne betragen bei zehnstündiger Arbeitszeit für Arbeiter 9—18 Mk. im Lohn, 12—24 Mk. im Afford; Arbeiterinnen, die nur im Lohn arbeiten, 7—10 Mk.

Für Potsdam-Nowawes berichteten Deutsch und Geiling. In Potsdam ist es jetzt endlich gelungen, festen Fuß zu fassen und mit den Kollegen in Verbindung zu treten. Es ist uns gelungen, eine größere Anzahl von Kollegen zu organisieren. Die Löhne betragen 15—18 Mk. bei einer neunstündigen Arbeitszeit. Geiling bedauert, daß den Vertrauensleuten keine Beitragsmarken zur Verfügung stehen, dieses erschwere ungemein die Agitation in den einzelnen Orten, denn man könne von den Vertrauensleuten nicht verlangen, daß sie ihr Geld bei dieser Gelegenheit opfern sollten.

Niemeier berichtet von Frankfurt a. O. Er bleibt aber in seinen Ausführungen größtenteils unverständlich. An Löhne werden bei einer 9 1/2 stündigen Arbeitszeit für männliche Arbeiter 15—22 Mk., für weibliche 7—8,50 Mk. gezahlt.

Petermann berichtet aus Sorau. Am Orte befindet sich ein Großbetrieb. Die Organisation ist sehr schwach, denn die jüngeren Kollegen werden durch die älteren dem Verbands abwendig gemacht. Die Löhne betragen für männliche Arbeiter 13—20 Mk., für weibliche Arbeiterinnen 4,50—11 Mk.; die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden.

Schönet berichtet für Landsberg, daß für den Verband am Orte nicht viel auszurichten ist, da die Interessenlosigkeit zu groß sei. Löhne von 15—18 Mk. werden bei 10stündiger Arbeitszeit gezahlt.

Raufuß kann für Zossen keinen ausführlichen Bericht geben, da er erst kurze Zeit in Zossen ist. Die Lohnverhältnisse sind angängig und betragen für männliche Arbeiter 21—25 Mk., für weibliche Arbeiterinnen 7,50—12 Mk.; Arbeitszeit ist 8 1/2 Stunden.

Brückner macht im Einverständnis des Bureau des Vorschlag, die Vormittagsitzung zu vertagen und um 2 Uhr wieder zu eröffnen, so daß dann die Nachmittagsitzung um 3 Uhr beginnt. Derselbe wird angenommen. Die Verhandlungen werden bis 2 Uhr vertagt.

Korrespondenzen.

Würzburg. Am 7. Januar hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab, in der 27 Mitglieder anwesend waren, was im Verhältnis zu unserer Mitgliederzahl als nicht befriedigend bezeichnet werden muß. Zunächst gab Walter den Geschäftsbericht, darauf Dunkel den Kassenbericht. Beiden wurde für ihr erprießliches Wirken Anerkennung zuteil. Bei der darauf folgenden Neuwahl der Verwaltung wurden gewählt: Walter, Bevollmächtigter; Dunkel, Kassierer; Wirsching, Hilfskassierer; Schimmel, Schriftführer; Diez und Schön, Revisoren; Mayer und Hofmann, Revisoren. Der Bevollmächtigte dankte den Mitgliedern namens der neugewählten Verwaltung für das dieser entgegengebrachte Vertrauen und ersuchte im Interesse eines jeden Mitgliedes, der Verwaltung ihre mühevollen Aufgabe nicht, wie seit letzter Zeit, zu ersparen, sondern durch tatkräftige Mithilfe zu erleichtern. Die Mitglieder mußten der Ver-

waltung mehr Zutrauen schenken und hauptsächlich die sticheligen Nebenarten unterlassen. Wenn etwas gegen deren Geschäftsführung vorliege, so möge man ihm resp. der Verwaltung dies öffentlich sagen, denn diejenigen, die diese Verleumdungen immer in Szene setzen, seien keine aufrichtigen Mitglieder; übrigens täten sie besser, unsere Versammlungen fleißiger zu besuchen. Nur einiges Handeln bringe uns vorwärts, verfolgen wir doch alle das gleiche Ziel, deshalb ist es Pflicht eines jeden, mitzuarbeiten an dem gewaltigen Bauwerk unserer Organisation. Nimmt sich jeder Kollege dies zu Herzen, so wird sich auch ferner unsere Zahlstelle als ein gedeihliches und nützliches Glied unseres Verbandes erweisen. Hierauf gab Dunkel die Abrechnung von der Weihnachtsfeier, die einen ganz beträchtlichen Reingewinn zugunsten unserer Lokal-Kranken-zuschuß-Kasse ergab. Sodann erwähnte Walter noch, daß der hiesige Arbeitersekretär, unser Kollege Eberhardt, in einer unserer letzten Versammlungen einen sehr lehrreichen Vortrag, betitelt „Streifzüge aus der Sozialgesetzgebung“ hielt und daß derartige Referate in den nächsten Versammlungen weitergeführt werden sollen. Wir können dies nur mit Freude begrüßen. Mit dem Hinweis darauf, daß kein Kollege die günstige Gelegenheit veräume, derartige, äußerst lehrreiche Vorträge mit anzuhören und zu bewerten, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Darum frisch ans Werk im neuen Jahre!

Eisenach. Im Laufe des Jahres fanden 16 Mitglieder- und 4 Generalversammlungen statt, deren Besuch ein guter war. Aufnahmen waren 8 zu verzeichnen. Die Lokalkasse hat einen Bestand von 39,66 Mk. Am Orte sind beschäftigt 16 Kollegen und 5 Kolleginnen, wovon 11 Kollegen organisiert sind. 5 Kollegen sind verheiratet, 4 davon organisiert. Die Arbeitszeit beträgt in den Druckereien 9, in den Buchbindereien 10—12 Stunden. Leider haben die Kollegen in der größten Werkstatt, in der 4 Arbeiter beschäftigt werden, sich die Arbeitszeit um 1/2 Stunde verlängern lassen. Da die Zahlstelle mit der Aufstellung eines Lohntarifes beschäftigt ist, können ja die betreffenden Kollegen die Scharte wieder auswehen. Auf jeden Fall ist der Auspruch eines organisierten Kollegen, der da meinte, wir machten uns lächerlich mit einem Tarif, zu verwerfen; für diesen Kollegen ist der Verband jedenfalls bloß ein Unterstützungsverein. Wir denken jedoch anders, wir halten Kollektivverträge von größtem Wert. Hoffentlich kommt der Kollege auch zu dieser Einsicht.

Zilit. Nachdem Kollege Klar-Berlin auf seiner Agitationsreise im Oktober v. J. auf Veranlassung der Königsberger Zahlstelle auch unseren Ort berührte, verfuhr er hier, dem Organisationsgedanken weiteren Eingang zu verschaffen, was auch tatsächlich gelungen ist. Mitglieder, die getrennt zwei verschiedenen Zahlstellen angehörten, haben sich zusammengesprochen, um unter Führung unseres bewährten Vertrauensmannes nur der Königsberger Zahlstelle anzugehören.

Ja sogar alte frühere Mitglieder, die bereits den Verband verlassen hatten, sind doch wieder zur Einsicht gekommen und in unsere Reihen eingetreten. Die noch Fernstehenden werden, was wir sicher hoffen und wünschen, auch bald zu der Ueberzeugung gelangen, daß es ihre Pflicht ist, ihrer Berufsorganisation anzugehören; denn je kräftiger eine Organisation dasteht, um so leistungsfähiger ist sie.

Zu der am 8. d. M. abgehaltenen Versammlung wurde über die Gründung einer Zahlstelle am hiesigen Orte recht lebhaft diskutiert und von sämtlichen Rednern mit gutem Verständnis diese Angelegenheit besprochen. Wir mußten aber auf Grund dieser Aussprache zu der Ueberzeugung kommen, daß die Gründung einer Zahlstelle, wenn dieselbe wirklich auf die Dauer lebensfähig sein soll, wohl sehr lange Zeit hinauszuschieben ist, denn eine Zahlstelle würde ja kaum die erforderliche Zahl Mitglieder ständig aufweisen können und so dem Verbands nur unnötige Kosten verursachen und schließlich sich doch nicht halten können. Einstimmig wurde denn auch beschlossen, hiervon Abstand zu nehmen und solches einer späteren und günstigeren Zeit

zu überlassen. Doch hoffen wir, daß wir auch in dieser Zeit der Unterstützung des Verbandsvorstandes sowie der Zahlstelle Königsberg teilhaftig werden.

Einmütig wurde der Wunsch ausgesprochen, einen eigenen Verbandskalender, in dem auch fachwissenschaftliche Belehrungen enthalten sind, vom Verbandsausg. herauszugeben. Ferner wurde die Einführung einer Krankenunterstützung im Verbandsverband als eine Wohltat für die Mitglieder bezeichnet und als ein gutes Agitationsmittel. Nach Erörterung noch anderer Organisationsfragen erreichte die Versammlung ihr Ende.

Hannover. Wie es um das Einhalten eines einmal gegebenen Wortes von Seiten der Unternehmer bestellt ist, konnte man einmal wieder in der am Sonnabend den 7. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung erfahren. Wie bekannt sein dürfte, fand im Herbst 1903 eine Tarifbewegung der Buchbinder hier selbst statt, die mit dem Resultat endete, daß in den drei hiesigen Kontobuchfabriken ein Werkstatutarif geschaffen und endgültig am 1. April 1904 in Kraft treten sollte. Während nun bei der Firma Edler & Krüsch prompt am 1. April das gegebene Wort eingelöst wurde, ist bei der Firma Oldemeyer Nachf. bis heute von einem Tarif noch nichts zu sehen, auch die Westfirma F. C. König & Ehardt hat erst in den letzten zwei bis drei Monaten des verflossenen Jahres den versprochenen Tarif zur Einführung gebracht. Man sollte nun annehmen, daß der in Frage kommende Tarif auch ein dem Vertrauen der Firma entsprechender sei, daß das jedoch keineswegs der Fall ist, zeigt der in der Versammlung zur Sprache gebrachte Fall, der mit der Maßregelung resp. Kündigung des Kollegen Dolle endete, worüber Näheres auch schon unsere Zeitung brachte. Nachgehört sei hier nur noch, daß man doch wohl annehmen müßte, daß kein organisierter Kollege sich eine derartige Verschlechterung seines Lohnes nicht gefallen lassen würde, leider fanden sich aber nur zwei Kollegen, die hiergegen opponierten, und zwar Schulz und Dolle. Als Schulz bei dem Werkführer Klemann vorstellig wurde, wurde ihm bedeutet, daß die Kolonne aufgelöst und jeder allein arbeiten sollte, worauf dieser denn auch andere Arbeit bekam. Bemerkt werden muß hier noch, daß Schulz der Kolonnenführer war. Am anderen Morgen, als Dolle ebenfalls den Werkführer Klemann um Zuweisung anderer Arbeit ersuchte, hatte sich leider ein anderer Kollege gefunden, der für Schulz die Führung der Kolonne übernehmen wollte, und wurde deshalb Dolle bedeutet, daß er in der Kolonne weiter arbeiten sollte. Dolle weigerte sich ganz entschieden, zu den verschlechterten Bedingungen zu arbeiten, worauf ihm — er ist schon über 6 Jahre bei der Firma tätig — vom Werkführer Klemann gekündigt wurde.

Nach den Ausführungen Dolles entspann sich eine lebhafteste Diskussion, in der sämtliche Redner die Kündigung Dolles als Maßregelung betrachteten und der Ansicht waren, daß Herr Klemann bemüht sei, nach Möglichkeit die Löhne der dort beschäftigten Buchbinder zu verschlechtern. Insbesondere rügten auch einige Redner die Behandlungsweise, die Herr Klemann „seinen“ Leuten angedeihen läßt. Der Herr gebrauchte mitunter Ausdrücke, die im gesellschaftlichen Leben sonst nicht üblich sind. Zum Schluß der Diskussion wurde einstimmig beschlossen, für Dolle die Gemäßigtesten-Unterstützung zu beantragen.

Hierauf wurde vom Vorsitzenden noch auf den hiesigen Großbuchbindermeister G. Böhler hingewiesen, der ebenfalls befreit ist, stets von sich reden zu machen. Es wurden noch verschiedene Vorkommnisse bei der Firma Böhler erwähnt, doch wollen wir es mit der Wiedergabe der schon in letzter Nummer unserer Zeitung veröffentlichten Tatsachen genug sein lassen.

Alle derartige Sachen, wie vorstehend geschildert, würden mit dem Tage verschwinden, wo die große Mehrzahl der Buchbinder Hannovers aufhören würde, zu schlafen.

Rundschau.

Nachwehen vom Berliner Galanteriearbeiterstreik. Dem „Vorwärts“ entnehmen wir: Der Galanteriearbeiter F., ein Heimarbeiter, ließ einen Afford (zwei Gros Kästen) unvollendet, weil der Streik dazwischen kam. Es waren noch die Deckel aufzusetzen. Zurzeit des Streikbeginns befanden diese sich beim Maler, der sie mit „holländischer Malerei“ zu versehen hatte. Die soweit fertigen Kästen wurden F. später nicht mehr abgenommen, angeblich, weil dem Fabrikanten Kühne, dem Arbeitgeber, von seinem Kunden der Auftrag annulliert worden war. F. verklagte Kühne beim Berliner Gewerbegericht auf Abnahme der deckellosen Kästen und auf Zahlung eines entsprechenden Arbeitslohnes. Der Beklagte erhob Widerklage auf Schadenersatz für das dem Kläger zu den Kästen gelieferte Material. Nach langer Verhandlung wurde der Kläger mit seinen Ansprüchen abgewiesen und auf die Widerklage zu 22 Mk. Schadenersatz verurteilt. Magistratsrat Dr. Meyer führte begründend aus: Kläger habe sich bei Eingehung des Affords verpflichtet gehabt, das Material einschließlich der Deckel abzuholen. Er habe aber keine Schritte getan, die Deckel abzuholen und die Arbeit fertig zu machen. So sei sie unvollendet geblieben. Bei Affordarbeit gelte aber der alte Grundsatz: Erst leiste und dann verlange Bezahlung. Da aber F. auf Bezahlung einer Affordarbeit klage, die er nicht zu Ende gemacht habe, so sei sein Anspruch unbegründet und er mit seiner Klage abzuweisen. Daraus folge die Verurteilung des Beklagten zu seinem Gegenanspruch. Er sei nicht verpflichtet gewesen, das Material zurückzunehmen. (Sollte wohl heißen: die daraus gefertigten Kästen.) Im Gegenteil sei Kläger verpflichtet, das Material zu erfetzen, wie es Beklagter als Widerkläger fordere. Die Kästen bleiben nach diesem Urteil im Besitz des Klägers. — Wenn es sich auch hier um einen eigenartigen Tatbestand handelt, so scheint uns doch der Grundsatz von der Leistung und Gegenleistung nicht einwandfrei angewandt zu sein, denn eine Leistung liegt doch auch bei einem unvollendeten Afford vor. Das Gewerbegericht hat auch schon vielfach in Fällen, wo der Afford unvollendet war, Arbeitern eine der geleisteten Arbeit entsprechende Bezahlung zugebilligt.

Christliche Bescheidenheit. Im „Mannheimer Volksblatt“ bot ein Buchbinder in dieser Bescheidenheit seine Dienste an:

Buchbindergehülfe (20 Jahre alt), sucht Stellung; derselbe begnügt sich mit 5 M. Wochenlohn und Beförderung (ohne Logis). Gest. Offerten unter Nr. 1109 an die Expedition dieses Blattes.

5 Mk. und Beförderung wird auch diesem jungen Manne auf die Dauer sein bescheidenes christliches Gemüt verderben, wenn die Arbeitgeber nicht vorziehen, mit dieser raren Arbeitskraft überhaupt erst gar keinen Versuch zu machen, denn die Leistungsfähigkeit wird wohl in Selbsterkenntnis diesem Lohn angemessen sein.

Unser Kollege Fette, Redakteur des Galleischen „Volksblattes“, bezog Anfang des Monats auf längere Zeit die Staatspension. Vorläufig sind 4 1/2 Monate rechtskräftig. Bestätigt jedoch das Reichsgericht am 26. d. M. das Urteil des Galleischen Landgerichts, durch welches Fette wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, dann muß er allerdings mit einem recht viel längeren Aufenthalt hinter vergitterten Fenstern rechnen. Hoffentlich trifft das nicht ein und unser Kollege verläßt, ohne Schaden an seiner Gesundheit genommen zu haben, nach dieser schon sehr langen Gefängnishaft die „Besserungsanstalt“.

„Aus einer kleinen Garnison.“ Hilfes Roman „Aus einer kleinen Garnison“ hat, nach dem „Liter. Echo“, auf dem Kreuzbandwege eine Verbreitung von über eine halbe Million Exemplaren gefunden. — Trotz aller strengsten Verbots!

Professor Dr. Ernst Abbe, der Leiter der Carl Zeiß-Werkstätte in Jena, ist am 14. d. M. gestorben. Außer seinen Verdiensten, die sich der Verstorbenen um die Wissenschaft erworben hat, wird von der Arbeiterpresse sein nobles und an-

ständiges Verhalten den Arbeitern gegenüber, sein sozialpolitisches Verständnis und die Anerkennung der Berechtigung unserer Arbeiterbewegung lobend anerkannt, weshalb ihm die organisierten Arbeiter ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Gewerkschaftliche Fortschritte. Die enormen Fortschritte, welche die Gewerkschaften im Jahre 1904 gemacht haben, werden von einigen Gewerkschaftsblättern in ihren Jahresrückblicken für ihre Organisationen ziffernmäßig nachgewiesen. So berichtet der „Courier“, daß der Transportarbeiter-Verband mehr als 40 000 Mitglieder hat (+ 11 000), der Fabrikarbeiter-Verband hat 53 000 Mitglieder (+ 7000), der Steinseker-Verband hat die Mitgliederzahl von 6000 überschritten (+ 1000), auch der Porzellanarbeiter-Verband kann über eine günstige Entwicklung berichten.

Die günstige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zeigt sich auch in der großen Verbreitung der Gewerkschaftspresse. So schloß die „Metallarbeiter-Zeitung“ das Jahr 1904 mit einer Auflagesziffer von 207 500, die „Holzarbeiter-Zeitung“ von 107 000, die Bergarbeiter-Zeitung“ von 90 000; die Mitgliederzahlen ihrer Organisationen dürften entsprechend hoch sein.

Die Agitationsarbeit des Jahres 1904 hat gute Früchte getragen, möge das neue Jahr uns weitere große Fortschritte bringen.

Kongreß der deutschen Gewerkschaften. Zu dem diesjährigen deutschen Gewerkschaftskongreß, der in der Woche nach dem 21. Mai in Köln stattfindet, haben die Kölner Stadtverordneten den großen Saal des Gürzenich bewilligt, und zwar unentgeltlich. Der Saal war für die Kölner Arbeiter seit langer Zeit verschlossen.

Einen Antrag auf Errichtung einer Arbeiterkammer hatten die sozialdemokratischen Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft gestellt. Der Antrag wurde nach Begründung durch einen sozialdemokratischen Redner und Bekämpfung seitens mehrerer Neben- und Bekämpfung seitens gelehnt, wie schon einmal vor drei Jahren.

Der Deutsche Zimmerer-Verband gibt den zweiten Band der Geschichte der deutschen Zimmererbewegung heraus, nachdem vor etwa zwei Jahren der erste Band erschienen ist. Der Verfasser des Werkes, Redakteur des Fachorgans A. Bringmann, schildert in dem neu erschienenen Werke: Den Allgemeinen deutschen Zimmererverein (1868 bis 1870). Die Lohnbewegung der Zimmerer zur Zeit des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungsverbandes (1871 bis 1872). Den deutschen Zimmererband (1873 bis 1874). Die ersten Versuche der Staatsgewalt, die deutsche Zimmererbewegung zu unterdrücken. Die internationale Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer (1869 bis 1875). Den deutschen Zimmererverein (1875 bis 1876). Das deutsche Zimmerergewerk (1876 bis 1878). Die Arbeitgeberorganisation im Baugewerbe (1868 bis 1881). Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

Abrechnung

über die Lohnbewegung bei F. Schäfer in Grünstadt vom 6. bis 22. Oktober 1904.

Einnahmen:	
Aus der Verbandskasse erhalten . . .	803,40 Mk.
Vom Gewerkschaftskartell am Ort . . .	13,10 „
Summa 816,50 Mk.	
Ausgaben:	
Streikunterstützung an 14 verheiratete Arbeiter . . .	435,32 Mk.
Streikunterstützung an 17 ledige Arbeiter . . .	296,75 „
5 Arbeiterinnen . . .	20,50 „
Für Fortschaffung Zugereifer . . .	4,43 „
„ Fernhaltung des Zugs . . .	2,98 „
„ Porto und Schreibmaterial . . .	5,97 „
Zwei Reisen nach Mannheim . . .	7, - „
Persönliche Entschädigungen und Sitzungen der Lohnkommission . . .	43,55 „
Summa 816,50 Mk.	

Die Richtigkeit beglaubigen:
 Für die Streikleitung: Chr. Bauer.
 Für die Verwaltung: W. Armbrust.
 Die Revisoren: Eugen Dhl. G. Disten.

Abrechnungen

Vom 4. Quartal 1904 sind bis zum 17. Januar 1905 bei der Verbandskasse eingegangen: Von Adlershof mit 106,10 M., Braunschweig 100 M., Breslau 260 M., Danzig — M., Dessau — M., Dören 40 M., Düsseldorf 280 M., Eisenach 35,80 M., Effen 120 M., Falkenstein 72,42 M., Glogau 49,78 M., Götting 94,04 M., Kassel 50 M., Königsberg 59,10 M., Rathenow 100 M., Regensburg 65,60 M., Rostock 20 M., Schwerin 40 M., Straßburg — M., Ulm — M., Weimar 30,99 M., Gau II 57,56 M., Gau IV 120 M., Gau XIV — M., vom Gau XV mit 165,79 M. E. Gaucien.

Adressenänderungen.

Vertretliche Bevollmächtigte: Sch w. = G m i n d: E. Dhl, Altgasse 84. Kassel: P. Kleiner, Marktgaße 27 II. Unterstützungszahler: Jena: Seyfarth, Talstr. 52 II. Danzig: A. Penz, Dienergaße 7. Von 1--2 und nach 8 Uhr. Eisenach: F. Zischkau, Sophienstr. 79 I. Von 7 bis 7 1/2 Uhr.

stellungen aus allen Gebieten des Wissens. 14. Bändchen.) 2. Auflage. Verlag von D. G. Teubner in Leipzig. [VI u. 154 S.] 8. Preis geb. 1,— Mk., gebänd. 1,25 Mk.

Briefkasten.

G. Sch. in D. Das Inserat kostet 60 Pfg. mehr, bitte diese gelegentlich einzusenden; bei Privatanzeigen kostet die Zeile 20 Pfg. — A. S. in E. Zeitungen kamen irrtümlich zu viel an; Vertrauensmänner haben wie immer solche erhalten. — G. St. u. F. G. in L. Weil die Ztgn. für L. mit Ausnahme einer Adresse nach dem Bureau verlangt wurden, nahm ich an, daß auch die für Sie beide dort hingefandt werden sollten. — E. S. in E. Ihre Mitteilung kam zu spät, nehme in nächster Nummer davon Notiz; besten Dank.

Literarisches.

Das deutsche Handwerk in seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung. Von Dr. Eduard Otto. Mit zahlreichen Abbildungen. („Aus Natur und Geisteswelt.“ Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Dar-

Leipzig.

Freitag, den 27. Januar 1905, abends 7 Uhr

Generalversammlung des Fachvereins im kleinen Saale der „Drei Mohren“

- 31] Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Anträge. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Gewerkschaftliches. 13,40

Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch!

Um recht zahlreichem Besuch dieser wichtigen Versammlung bittet

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) Sitz Leipzig. 32]

Verwaltungsstelle Hannover. 5,20 Sonnabend, 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr im Ballhof

Vierteljähr. Hauptversammlung

- Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht des Vorstandes. Zu vollständigem Besuch ladet ein Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Berlin. Montag den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15 Saal 3

Hauptversammlung

- Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht des Kontrollreurs und der Revisoren. 3. Neuwahl von Beisitzern zum Vorstand. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten. Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Stuttgart. Samstag, 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Vierteljährliche Hauptversammlung.

- Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. — 2. Kassenbericht. 3. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Leipzig. Montag den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr im Kassenlokal „Pantheon“

Hauptversammlung

- Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Besprechung des Jahresabschlusses der Verwaltungsstelle und Stellungnahme hierzu. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen wünscht Die Ortsverwaltung.

Buchbinder-Männerchor Stuttgart.

Dienstag den 31. Januar findet im „Gewerkschaftshaus“ (SängerSaal), abends 9 Uhr unsere jährliche

General-Versammlung

statt. Anträge hierzu sind bis spätestens 28. Januar an unsere Vorstehenden E. Star Mischwitz, Bernhardtstr. 5 III, einzureichen. 1,00 Zahlreichem Besuch sieht entgegen Der Ausschuß.

33] NB. Die Singstunde beginnt an diesem Tage um 7 Uhr.

An die Zahlstellen und Einzelmitglieder im Gau XV. Unterzeichneter beruft hiermit auf Sonntag den 19. Februar 1905, vor-

mittags 9 Uhr, den zweiten Gautag

nach Pforzheim, Restauration „Zur Kauenbach“, Gymnasiumstraße, ein.

- Provisorische Tagesordnung: 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Bericht der Zahlstellen, Vertrauensleute und Einzelmitglieder. 3. Agitation. 4. Die Forderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gau. 5. Anträge. 6. Verschiedenes.

Die gestellten Anträge gehen den Bevollmächtigten diese Woche zu. Die Einzelmitglieder, welche sich an dem Gautage beteiligen wollen, machen wir auf § 44 des Statuts aufmerksam. Mit kollegialen Grüßen Der Gauvorstand. J. A.: Heinrich Wötcher Feuerbach-Struttgart.

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 21. Januar, abends 8 Uhr: Jährliche General-Versammlung im „Gewerkschaftshaus“, Ehlingerstraße.

- 34] Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Erledigung eventueller Anträge. 3. Neuwahl der Gesamtverwaltung. 4. Fragekasten. — Verschiedenes.

Anträge, die zur Beratung kommen sollen, müssen vor der Versammlung eingereicht sein. Wir richten die bringende Bitte an unsere Mitglieder, die Generalversammlung zahlreich zu besuchen. Theaterkarten zu der am Sonntag den 22. Januar im Residenztheater stattfindenden Nachmittagsvorstellung, sind à 50 Pf. in der Versammlung zu haben. Zur Aufführung kommt „Traumulus“ von A. Holz u. Perschke.

Sonntag den 22. Januar z w a n g = lose z u s a m m e n k u n f t der Mitglieder der Zahlstelle und des Buchbinder-männerchors bei „Faible“, Ecke Marienplatz und Böhmeimstraße. Der Vorstand.

Unsere lieben Kollegen Carl Michaelis zu seiner Abreise nach Stuttgart ein

35] herzlichtes Lebewohl! [0,50 Die Kollegen der Zahlstelle Varmen.

36] Unliebe verspätet! [1,00 Unserem lieben Kollegen W. Dahlke zu seiner Verlobung mit Fräulein

Lucie Scherer die herzlichsten Glückwünsche. Die organisierten Kollegen Bromberg.

Zahlstelle Berlin

Mittwoch den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal) Engel-Platz 15

Ordentl. General-Versammlung

- Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Wahl von 5 Mitgliedern und 5 Stellvertretern zum Arbeitsnachweis-Kuratorium. 4. Regelung der Anstellungsbedingungen unserer Angestellten. 5. Bericht vom Gautag. 6. Abrechnung vom Projektions-Vortrag. 7. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die überaus wichtige Tagesordnung erfordert das vollständige Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen. 4,40

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Berlin. Achtung!

Sonnabend den 4. Februar 1905:

Großer Wiener Masken-Ball

38] in L. Keller's Festsälen, Koppenstr. 29, [7,40

arrangiert von der Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes, von Mitgliedern der Zentral-Krankenkasse der Buchbinder und vom Buchbinder-Männerchor. *****

TANZ in beiden Sälen.

Um 12 Uhr Demaskierung. Zwei Musikkapellen

Billet 50 Pf. — Abendkasse findet nicht statt. — Anfang 8 1/2 Uhr.

Billets sind in allen Zahlstellen des Verbandes, bei allen Werkstuben-Vertrauenspersonen, in den Übungsstunden des Buchbinder-Männerchors, Freitagstr. 15 und in beiden Bureaus, Engel-Platz 15, Zimmer 21 und 24, zu haben.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Das Komitee. Die Zahlstellen sind an diesem Abend von 1/2 7—8 Uhr geöffnet.

Linierer

39] für Förster & Tromm'sche Maschinen, spez. Extralinaturen, sucht dauernde Stellung. Gest. Anfragen erbeten an H. Kiessling, Görlitz, Mittelstr. 15.

Ein älterer tüchtiger

Buchbinder,

welcher schon in größeren Geschäftsbüchere-fabriken [2,— auf Geschäftsbücher gearbeitet hat, wird gesucht. Offerten unter Chiffre R. K. an die Exped. dieses Blattes.

Unliebe verspätet!

Unserem Freund und Kollegen Walter Schwartze und seiner lieben Braut Julie Brunnöhler zu ihrer Verlobung die herzlichsten Glückwünsche!

Fr. Erny, F. Ernst, H. Müller, W. Flove, 41] P. Glas, G. Schaezle. [1,60

billiger schneller als durch die Fachzeitungen, weil vollständig kostenfrei; weil ja die Fachzeitungen nur aller 8—14 Tage erscheinen. Einrichtungen für Laden und Werkstatt zu günstigen Bedingungen.